

Finanztransaktionssteuer: Privatanleger befürchten Mehrbelastung - Umfrage: Mehrheit für Transaktionssteuer, aber gegen Beteiligung privater Anleger

Die Mehrheit der Privatanleger in Deutschland befürwortet die Einführung einer Finanztransaktionssteuer - aber nur, wenn die Steuerlast nicht auf sie umgewälzt wird. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest im Auftrag der Börse Stuttgart.

Die Mehrheit der Privatanleger in Deutschland befürwortet die Einführung einer Finanztransaktionssteuer - aber nur, wenn die Steuerlast nicht auf sie umgewälzt wird. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest im Auftrag der Börse Stuttgart.

55,7 Prozent der befragten Wertpapierbesitzer sprechen sich demnach grundsätzlich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus. Nur 33 Prozent sind dagegen. Die Mehrheit lehnt jedoch den gegenwärtigen Entwurf der EU-Kommission ab, nach dem auch Privatanleger die Steuer entrichten sollen. 78,5 Prozent der Befragten befürchten zudem, dass die Kosten der Steuer letzten Endes entlang der Transaktionskette an sie weitergereicht werden.

Die Börse Stuttgart fordert seit Langem, Privatanleger von der Steuer auszunehmen. Der Entwurf der EU-Kommission sieht das zwar noch nicht vor. Allerdings hat die große Koalition aus CDU/CSU und SPD bereits angekündigt, sich für eine entsprechende Befreiung einzusetzen. „Die Vorstellungen von einer Finanztransaktionssteuer sind in Deutschland in vielen Teilen deutlich klarer als auf europäischer Ebene. Ziel muss es sein, dass wichtige Punkte konkretisiert werden, die der Kommissionsvorschlag bisher offen lässt.“, sagt Dr. Christoph Boschan, Vorstand der Boerse Stuttgart AG. „Für die Ausnahme privater Anleger von der Steuer liegen konstruktive Vorschläge seit langem auf dem Tisch.“ Denkbar sei zum Beispiel, bis zu einer bestimmten Anzahl von Transaktionen oder einem Freibetrag nicht zu besteuern.

Die Mehrheit der befragten Privatanleger hält die Transaktionssteuer grundsätzlich für geeignet, um die Verursacher der Finanzkrise an den Kosten zu beteiligen. Aus Sicht der Börse Stuttgart wird dieses ursprüngliche Ziel der Politik mit dem aktuellen EU-Richtlinienentwurf aber nach wie vor nicht erreicht. „Privatanleger können nicht gemeint sein, wenn ‘unerwünschte Formen von Finanzgeschäften’ zurückgedrängt werden sollen“, so Boschan.

Pressekontakt:

Boerse Stuttgart Holding GmbH
Börsenstraße 4
70174 Stuttgart

Postfach 10 06 43
70005 Stuttgart

Telefon: 0711 / 222985 - 711
Fax: 0711 / 222985 - 555
E-Mail: presse@boerse-stuttgart.de

Internet: www.boerse-stuttgart.de

Über die Börse Stuttgart

Als Marktführer im börslichen Handel für verbriegte Derivate in Europa und Unternehmensanleihen in Deutschland ist die Börse Stuttgart der führende europäische Börsenplatz für Privatanleger. Anleger können in Stuttgart Aktien, verbriegte Derivate, Anleihen, Fonds und Genussscheine effizient und preiswert handeln. Mit durchschnittlich rund 35 Prozent des Orderbuchumsatzes ist die Börse Stuttgart der führende deutsche Handelsplatz im intermediärgestützten Börsenhandel. Insbesondere im börslichen Handel mit Unternehmensanleihen ist Stuttgart Marktführer in Deutschland. Durch ein hybrides Marktmodell, das Handensexerten in den elektronischen Handel einbindet, gewährleistet die Börse eine äußerst flexible und kosteneffiziente Orderausführung. Für größtmögliche Transparenz und ein Höchstmaß an Anlegerschutz wird der gesamte Handel durch die Handelsüberwachungsstelle als unabhängiges Börsenorgan überwacht. Um die Anleger optimal über die angebotenen Produkte zu informieren, bietet die Börse Stuttgart zahlreiche Bildungsmaßnahmen für Privatanleger an.

borse stuttgart logo